



Arbeitskreis

Religionsfreiheit – Menschenrechte –
Verfolgte Christen

Deutsche Evangelische Allianz

AKREF-Nachrichten

Arbeitskreis für Religionsfreiheit – Menschenrechte – verfolgte Christen
der Deutschen Evangelischen Allianz

Ulrike C. Nyboer – [redaktion at akref.de](mailto:redaktion@akref.de)

Nachrichten vom 24.07.2015 bis 31.07.2015

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	2
Pakistan: Tausende Frauen zum Islam zwangsbekehrt	3
Ägypten: Gezwungener Religionswechsel minderjähriger Christen	4
Bolivien: Konflikte mit der Regierung	5
Brasilien: Franziskanerschwester ermordet	6
China: Christen protestieren gegen Abriss von Kreuzen	7
Deutschland: Christliche Flüchtlinge bevorzugt aufnehmen!	8
Eritrea: Regierung kontrolliert alle	10
Europa: Menschenhandel nimmt ungeahnte Ausmaße an	12
Gaza: Kinder bekommen Ausbildung an Schußwaffen	13
Griechenland: Beten und Fasten für Griechenland	14
Indien: Kein tolerantes Land	15
Jemen: Kinder die Leidtragenden	16
Kamerun: Boko Haram bevorzugt Selbstmordattentäterinnen	17
Katar: Keine freie Religionsausübung	18
Myanmar: Blasphemiegesetze untergraben den Rechtsstaat	19
Nigeria: Armee befreit Geiseln von Boko Haram	20
Pakistan: Missanwendung des Blasphemie-Gesetzes	21
Pakistan: Offensichtliche Christenverfolgung	22
Syrien: Aleppobewohner in großer Gefahr	23
Thailand: Menschenhandelsgeschäfte blühen	25
Ukraine: Zwei Ordensgeistliche ermordet	26
USA: Satansstatue in Detroit aufgestellt	27
Weltweit: Der Islam strebt nach Weltherrschaft	28
Westafrika: Neue Anschläge in Nigeria und Kamerun	29
ZAR: "Bitte hört die Rufe der verfolgten Kirche!"	30
Links	31
Menschenrechtsorganisationen:	31
Wichtige englischsprachige Internetseiten	31

Pakistan: Tausende Frauen zum Islam zwangsbekehrt

Frauenrechtsorganisation: Mädchen werden entführt und zwangsverheiratet

Islamabad (idea) – Die meisten Länder, in denen der Islam Staatsreligion ist, verbieten den Religionswechsel von Muslimen. Doch werden beispielsweise in der Islamischen Republik Pakistan jedes Jahr mehr als 1.000 christliche und hinduistische Mädchen gezwungen, den muslimischen Glauben anzunehmen. Dagegen protestiert die Aurat-Stiftung (Islamabad), eine pakistanische Nichtregierungsorganisation, die sich vor allem für Frauenrechte einsetzt. Die Zwangsbekehrungen seien weit verbreitet und würden von den Behörden sowie der Polizei kaum beachtet, teilte die Leiterin der Stiftung, Mahnaz Rehman, dem katholischen Informationsdienst Fides (Rom) mit. Die Mädchen und jungen Frauen würden verschleppt und dem Entführer oder einem anderen Mann zur Frau gegeben. Mit der Eheschließung gilt sie dem Religionsgesetz Scharia zufolge als Muslimin. Wenn eine Familie dagegen klage, müsse sie mit einer Gegenklage rechnen. Der Entführer behaupte in der Regel, dass das Mädchen aus freien Stücken in die Heirat eingewilligt habe. Die Betroffenen würden mit Drohungen unter Druck gesetzt. Bis ein Streitfall entschieden sei, blieben die Frauen bzw. Mädchen in der Gewalt der Entführer. Sie sagten ihnen, dass sie jetzt Muslime seien, und wenn sie die Religion wechselten, müssten sie mit der Todesstrafe rechnen.

Blasphemiegesetz bedroht Minderheiten

In Pakistan sind religiöse Minderheiten auch der Willkür durch das umstrittene Blasphemiegesetz ausgesetzt, das die Beleidigung des Islam und des Propheten Mohammed unter schwere Strafen stellt – bis zur Todesstrafe. Das seit 1991 bestehende Gesetz ist international in die Kritik geraten, weil es oft ohne ausreichenden Verdacht etwa gegen Christen angewandt wird. Zudem wird es häufig von Muslimen zum Austragen privater Streitigkeiten missbraucht. Mehr als 650 Christen sind wegen eines oft unbegründeten Verdachts angeklagt worden. Derzeit sitzen annähernd 40 Verurteilte lebenslang in Haft oder erwarten ihre Hinrichtung.

Asia Bibi: Oberstes Gericht lässt Berufung gegen Todesurteil zu

Der prominenteste Fall betrifft die Katholikin Asia Bibi. Die Mutter von fünf Kindern sitzt seit sechs Jahren in Haft und ist aufgrund des Blasphemiegesetzes zum Tode durch den Strang verurteilt worden. Doch aufgrund internationaler Proteste hob das Oberste Gericht am 22. Juli die Todesstrafe auf und ließ eine Berufung gegen das Urteil zu, das ein Berufungsgericht in Lahore im vorigen Oktober bestätigt hatte. Anlass für das Verfahren war eine vergleichsweise banale Begebenheit: Auf Anweisung eines Landbesitzers hatte die Tagelöhnerin Wasser für Feldarbeiterinnen geschöpft. Doch diese weigerten sich zu trinken, weil das Gefäß durch die Christin „unrein“ geworden sei. Von den 174 Millionen Einwohnern Pakistans sind etwa 95 Prozent Muslime, zwei Prozent Christen sowie zwei Prozent Hindus und der Rest Sikhs, Buddhisten und Anhänger anderer Religionen.

Anmerkung der Red.: Siehe auch den Bericht vom 27.7.15

<http://www.ead.de/arbeitskreise/religionsfreiheit/nachrichten/einzelansicht/article/pakistan-offensichtliche-christenverfolgung.html>

Ägypten: Gezwungener Religionswechsel minderjähriger Christen

Forderung nach einem Gesetz zur Verhinderung der Konversion minderjähriger Christen ohne Konsens der Eltern

Kairo (Fides) -Der Kopte Mikel Munir, Begründer der liberal ausgerichteten politischen Gruppierung al-Haya, hat einen öffentlichen Appell an die ägyptischen Behörden gerichtet mit dem Ziel, dass in das derzeit in der Revision befindliche Gesetz über den Personenstand eine Klausel eingefügt werde, die den Religionswechsel minderjähriger Christen ohne Konsens der Eltern verhindert. In dem öffentlichen Appell, der in ägyptischen, vom Fidesdienst konsultierten Quellen erschienen war, berichtete er, dass die Verhandlungen zu diesem heiklen Punkt von Bürgerrechtsorganisationen bereits während des Mubarak-Regimes eingeleitet worden seien. Diese Klausel diene dazu, dem verbreiteten Phänomen des Verschwindens koptischer Mädchen – sog. Liebesfluchten oder richtiggehende Mini-Entführungen - die nach dem freiwilligen oder erzwungenen Verschwinden ihren Familien mitteilen, dass sie zum Islam übergetreten seien. Nach Ansicht des Autors dieses Appells wird die Islamisierung von Minderjährigen infolge von emotionalem oder physischem Druck weitergehen, wenn ihr nicht durch adäquate Gesetzes-Instrumente Einhalt geboten werde. (GV) (Fidesdienst 22/7/2015).

Bolivien: Konflikte mit der Regierung

Demonstranten, die Lösung des Bergwerksproblems fordern, in den Kirchengemeinden aufgenommen

Potosì (Fides) – Der Konflikt zwischen der bolivianischen Regierung und den Gewerkschaften von Potosì, die Schutz und Garantien für Bergarbeiter der Gegend fordern, hält seit 18 Tagen an, ohne dass sich bisher ein Ausweg gezeigt hätte. Bei den jüngsten Zusammenstößen zwischen Polizei und Demonstranten wurden zahlreiche Personen verletzt und 50 verhaftet. “Ihr wisst, dass die Kirche das Volk ist und das Volk ist die Kirche; daher beabsichtigen wir die Gemeindetore für die Demonstrantengruppen in dieser Sache zu öffnen und damit die Regierung aufzufordern baldmöglichst einen ernsthaften Dialog in die Wege zu leiten”, erklärte S.E. Mons. Ricardo Ernesto Centellas Guzmán, Bischof der Diözese von Potosì.

In der dem Fidesdienst zugesandten Note informiert Mons. Centellas, dass die Tore von 9 Gemeinden für die Familien derer geöffnet werden, die das Eingreifen der Regierung für eine Lösung des Bergwerksproblems sowie die Freilassung der in den vergangenen Tagen Verhafteten fordern (sie waren verhaftet worden, da sie demonstriert und Gerechtigkeit gefordert hatten). “Es ist absolut inakzeptabel, dass ein derartiges Problem nach 18 Tagen noch immer keine Lösung gefunden hat., schließt der Bischof.

Die Lage ist äußerst gespannt und schwappt auch nach La Paz über. Verschiedene Gesellschaftsgruppen fordern das Eingreifen der Regierung als Antwort auf die Forderungen der Bergarbeiter in Potosì. Es ist dies ein altes und immer wieder vertagtes Problem.

(CE) (Fidesdienst, 24/07/2015)

Brasilien: Franziskanerschwester ermordet

Guaratinguetá (Fides) – Schwester Irma Odete Francisca, (65) von der Kongregation der Franziskanerinnen von Siessen, wurde am 24. Juli im Rehabilitationszentrum für Drogenabhängige “La Estrelha” des Werkes “Fazenda da Esperança” in der Stadt Guaratinguetán im Staat Sao Paolo ermordet. Wie Fides von den PMW in Brasilien erfuhr, wurde die Schwester bei einem Einbruchversuch mit acht Messerstichen in den Rücken von einem Mann ermordet.

Die Kongregation berichtet, dass der Mord am Morgen des 24. Juli geschehen ist, als ein Mann in das Schwesternhaus eingedrungen ist. Schw. Irma Odete Francisca, die seit sechs Jahren in diesem Zentrum arbeitete, wurde brutal angegriffen und getötet. Nach Angaben der Lokalpolizei ist der Täter, barfuß und mit vermummtem Gesicht, in das Kloster eingedrungen, um zu stehlen und hat die Schwestern aufgefordert ihm ihr Geld auszuhändigen. Im Zentrum “La Estrelha” von Guaratinguetá leben ca. 350 Drogenabhängige, die dort in Entzugsbehandlung sind.

(CE) (Fidesdienst 25/7/2015)

China: Christen protestieren gegen Abriss von Kreuzen

Kommunisten wollen die Religion stärker aus der Öffentlichkeit verbannen

Wenzhou (idea) – In der Volksrepublik China protestieren Christen öffentlich gegen den staatlich angeordneten Abriss von Kreuzen und Kirchen. Seit 2014 haben die kommunistischen Behörden in der **Provinz Zhejiang** (Südostchina) mehr als 400 Kreuze von Kirchendächern entfernen lassen – angeblich aus baurechtlichen Gründen. Christen sehen darin aber den Versuch, die Religion angesichts der stark wachsenden christlichen Gemeinden stärker aus der Öffentlichkeit zu verbannen. Die staatlichen Aktionen richten sich sowohl gegen Untergrundgemeinden wie auch gegen anerkannte Kirchen. Zentrum ist die acht Millionen Einwohner zählende Stadt Wenzhou, wo rund eine Million Christen leben. Dort gibt es mehr als 2.000 Kirchengebäude. Katholiken und Protestanten haben jetzt eine friedliche Protestkampagne gestartet, mit der sie Kreuze „an allen Orten“ sichtbar machen wollen. Sie bringen die christlichen Symbole an ihren Häusern an und veröffentlichen davon Fotos in Sozialen Medien im Internet. So wollen sie der Regierung zeigen, dass Christen vereint für das Kreuz eintreten. Der katholische Bischof von Wenzhou, Zhu Weifang, rief alle Bürger auf, ihre Stimme für Religionsfreiheit zu erheben. Der 89-jährige Bischof gehört zur staatlich nicht anerkannten romtreuen katholischen Kirche.

Festnahmen von Christen auch in anderen Provinzen

Wie die Internetzeitung „Christian Post“ berichtet, beschränkt sich das Vorgehen der Behörden nicht auf die Provinz Zhejiang. So seien im vorigen September in der südchinesischen **Provinz Guangdong** etwa 100 Christen verhaftet worden, darunter auch Kinder. Sie hatten an einem Gottesdienst in einer Hauskirche teilgenommen. Immer wieder würden Pastoren festgenommen, weil sie angeblich die öffentliche Ordnung störten. Unter der kommunistischen Herrschaft wurde das Christentum in China vor allem von 1949 bis Ende der siebziger Jahre – besonders während der Kulturrevolution – brutal unterdrückt. Danach lebte es trotz Einschränkungen wieder auf. Es erlebt seit einigen Jahren eine Renaissance. So haben sich nach Angaben der staatlich anerkannten protestantischen Kirche im vorigen Jahr rund eine halbe Million Menschen taufen lassen. Die Gesamtzahl der Christen ist schwer zu ermitteln. Die Chinesische Akademie der Sozialwissenschaften spricht von 29 Millionen in staatlich anerkannten Gemeinden – 23 Millionen Protestanten und sechs Millionen Katholiken. Nicht berücksichtigt sind die romtreuen Katholiken und jene protestantischen Hausgemeinden, die sich nicht der Kontrolle des Staates unterwerfen wollen. Schätzungen der Gesamtzahl belaufen sich auf bis zu rund 130 Millionen; auf jeden Fall übertreffen sie die der 83 Millionen kommunistischen Parteimitglieder. Insgesamt leben in China fast 1,4 Milliarden Menschen.

Deutschland: Christliche Flüchtlinge bevorzugt aufnehmen!

Beckstein: Ihre Lage im Mittleren Osten ist katastrophal

München (idea) – Deutschland sollte verfolgte Christen aus dem Mittleren Osten bevorzugt als Flüchtlinge aufnehmen. Dafür haben sich Experten aus Politik, Kirche, Wissenschaft und Nicht-Regierungsorganisationen bei einer Fachtagung der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung am 29. Juli in München ausgesprochen. Der frühere bayerische Ministerpräsident und langjährige Innenminister Günther Beckstein (Nürnberg) sagte vor den rund 30 Teilnehmern, er halte es für falsch, dass Deutschland Muslime ebenso bereitwillig aufnehme wie Christen. Die Fachleute wiesen auf die besonders verzweifelte Lage der von der Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS) aus dem Nordirak und Syrien vertriebenen Christen hin. Im Unterschied zu jenen Muslimen, die ebenfalls fliehen mussten, fänden sie weder in Syrien noch in der Türkei eine sichere Zuflucht. Denn auch in den dortigen Lagern gäben oft radikale Muslime den Ton an. Beckstein schätzt die Lage der Christen als katastrophal ein. Der Westen müsse ihnen entschlossen helfen. Allerdings könnten sie auch auf die Macht des Gebets vertrauen, so der kirchlich engagierte Beckstein. Er war von 2009 bis Anfang Mai 2015 Vizepräsident der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD).

EKD: Kein Vorrang für Christen

Die EKD lehnt eine bevorzugte Aufnahme von christlichen Flüchtlingen ab. Auslandsbischöfin Petra Bosse-Huber (Hannover) sagte der Evangelischen Nachrichtenagentur idea, maßgebend sei der Status der internationalen Schutzbedürftigkeit und der besonderen Verletzlichkeit. Ein einseitiges Engagement hält sie für problematisch: Es würde zum einen den Auszug christlicher Minderheiten befördern und zum anderen die Vorbehalte gegenüber christlichen Minderheiten vor Ort noch wachsen lassen. Wie Philipp W. Hildmann (München) von der Hanns-Seidel-Stiftung idea mitteilte, erläuterte der frühere bayerische Landesbischof Johannes Friedrich (Spalt-Wernfels/Mittelfranken) bei der Tagung die Haltung der EKD, appellierte aber gleichzeitig an den deutschen Staat, verfolgte Minderheiten besonders zu schützen; zu ihnen gehörten Christen und Jesiden.

Kritik an EKD und Diakonie

Der evangelische Theologe und Islamwissenschaftler Prof. Wolfgang Schwaigert (Blaubeuren) kritisierte die Haltung der EKD und ihres Diakonischen Werkes. Sie hielten an der „schädlichen Gleichrangigkeit“ von muslimischen und christlichen Flüchtlingen fest. Wie der Bayernkurier (München) weiter berichtet, bezeichnete Schwaigert es als unverständlich, dass sich die Kirche die „falsche Position“ des Staates zu eigen mache.

Christen wollen nur noch weg

Mehrere Tagungsteilnehmer schilderten die Lage der Christen in der Krisenregion. Der Ökumenereferent im bayerischen Landeskirchenamt, Kirchenrat Thomas Prieto Peral (München), der das Gebiet Mitte Juli bereiste, bezeichnete die Situation als deprimierend. Christen wollten nur noch weg. Etwa 90 Prozent der früheren 1,6 Millionen Christen seien bereits geflohen. Im Nordirak gebe es für sie derzeit keinen Schutz mehr. So hätten sich die sunnitischen Bewohner der vom IS eroberten Stadt Mossul mit den Terroristen gegen die Christen verbündet. Das Vertrauen sei so sehr zerstört, dass sich kein Christ ein Zusammenleben mit den früheren Nachbarn vorstellen könne. Der Tübinger Geowissenschaftler Prof. Rainer Rothfuß hält eine komplette Umsiedlung der nahöstlichen Christen für nötig.

IS ist in Flüchtlingslagern aktiv

Viele sind in die Türkei geflohen, doch dort ist die humanitäre Lage außerhalb der Flüchtlingslager katastrophal, berichtete die Irak-Beauftragte des Zentralverbandes der Assyrer, Janet Abraham (München). Kein Christ gehe in ein türkisches Aufnahmelager, weil dort Islamisten aktiv seien. Sogar beim UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR würden Christen abgewiesen. Hunderttausende müssten sich mit Betteln oder Schwarzarbeit durchschlagen. Auch nach Angaben von Abdulmesih Bar-Abraham von der assyrischen Yoken-Bar-Yoken-Stiftung (Mönchengladbach) werden Christen in den Flüchtlingslagern stark bedrängt. Sogar der IS rekrutiere dort

Nachwuchskämpfer. In der ganzen Region gebe es nur ein Aufnahmelager für Christen auf dem Gelände eines Klosters im Nordirak.

Eritrea: Regierung kontrolliert alle

Die Kirche ist der strengen Kontrolle der Regierung ausgesetzt

(Kirche in Not) Seminaristen, die zum Militärdienst gezwungen sind, Priester, die das Land nicht verlassen dürfen, und Christen, die aus religiösen Gründen inhaftiert sind – dies ist die Situation der Religionsfreiheit in Eritrea, wie sie von einer der Kirche nahestehenden Quelle, die aus Sicherheitsgründen nicht namentlich genannt werden möchte, gegenüber dem internationalen katholischen Hilfswerk „Kirche in Not“ beschrieben wird.

Wie es in einem Bericht der Vereinten Nationen detailliert dargelegt wird, ist die Regierung in Asmara, der eritreischen Hauptstadt, für schwere Menschenrechtsverletzungen verantwortlich. Ein großer Teil der Einwohner ist zur Zeit inhaftiert und leistet Zwangsarbeit, während die übrige Bevölkerung einem strengen System von Überwachung und Kontrolle ausgesetzt ist, von dem auch die Religionsgemeinschaften nicht ausgenommen sind.

Die katholische Gemeinde ist in Eritrea sehr aktiv. Obwohl Katholiken nur einen Anteil von 4 Prozent an der Bevölkerung ausmachen, leitet die Kirche beispielsweise in Asmara mehr als 50 Schulen und 30 medizinische und soziale Einrichtungen. Die Kirche steht ebenfalls an vorderster Front, wenn es darum geht, gegen Missbräuche durch die Regierung die Stimme zu erheben. Ostern 2014 hatten die katholischen Bischöfe einen dramatischen Hirtenbrief verfasst, in dem sie auf die ernste Situation im Lande aufmerksam machten, die eine große Zahl von Eritreern zur Auswanderung zwingt. „Der Hirtenbrief wurde von den Gläubigen aller Religionen höchst geschätzt“, sagte der Informant gegenüber KIN. „Viele von ihnen sagten uns, wir seien ihre einzige Hoffnung. Es war unmöglich, nicht das anzuprangern, was im Lande vor sich geht, auch wenn die Kirche vorsichtig vorgehen muss, da die Regierung andernfalls unsere Strukturen schließen könnte“. Zusammen mit dem Islam, der Eritreisch-Orthodoxen Kirche und der Lutherischen Kirche ist die Katholische Kirche eine der nur vier staatlich anerkannten Religionsgemeinschaften. Dies bedeute jedoch noch keine volle Religionsfreiheit für Katholiken. „Auf dem Papier sind wir frei, unseren liturgischen Feiern beizuwohnen, aber in Wirklichkeit tut die Regierung alles, was sie kann, um uns davon abzuhalten“, fügte der Informant hinzu. Nicht selten organisierten die Behörden während der Sonntagsmesse oder anderen christlichen Feierlichkeiten politische Treffen oder Sportereignisse mit verpflichtender Teilnahme. „Auch dieses Jahr ist es wieder passiert: am Karfreitag“, sagt der Informant und fügt hinzu, dass viele Kurse in den Schulen auch sonntags stattfinden würden.

Leider gehe die Kontrolle, die die Regierung in Asmara übe, noch darüber hinaus. So gebe es zahlreiche Versuche, den katholischen Klerus zum Ableisten des Wehrdienstes zu zwingen, der für alle Männer im Alter bis zu 50 Jahren und für alle Frauen bis zum 40. Lebensjahr verpflichtend sei. Dutzende Seminaristen seien verschwunden und seien von der Einberufung nicht zurückgekehrt. „Heute lassen wir es nicht mehr zu, dass das geschieht, aber die Behörden erlauben niemandem, der nicht den Wehrdienst geleistet hat, das Land zu verlassen, und folglich können unsere Priester nicht ins Ausland gehen, um zu studieren.“ Dies habe gravierende Auswirkungen auf die religiöse Ausbildung, da der Lehrkörper nicht damit rechnen könne, neue Mitglieder zu bekommen. „Wir haben nur einen Dozenten der Heiligen Schrift. Wenn ihm etwas zustieße, wüssten wir nicht, wie wir ihn ersetzen sollten.“ Diese strenge Kontrolle durch die Regierung werde als Versuch aufgefasst, die Kirche einzuschüchtern und sie zum Schweigen zu zwingen. „Sie würden es bevorzugen, wenn wir nicht richtig ausgebildet wären, weil sie uns dann einfacher kontrollieren könnten“. Der Informant bestätigt das tragische Schicksal Tausender Eritreer, die aus politischen und religiösen Gründen inhaftiert sind. „Sie sind in unterirdischen Gefängnissen eingesperrt und von allen vergessen. Nicht einmal ihre Familien wissen, wo sie sind.“ Wie es in dem neuesten „Bericht zur Religionsfreiheit weltweit“ von „Kirche in Not“ festgestellt wird, ist anzunehmen, dass mindestens 1200 Christen inhaftiert sind, und das oftmals aus rein religiösen Gründen. Viele Gefangene sind wirklichen Foltern ausgesetzt. Es ist anzunehmen, dass darunter auch religiöse Führer sind, vor allem von Pfingstgemeinden, von denen einige bereits im Gefängnis gestorben sind. Sogar der eritreisch-orthodoxe Patriarch, der kanonisch gewählt worden ist, soll seit kurzem unter Hausarrest stehen und durch einen dem Regime nahestehenden Patriarchen ersetzt worden sein.

Die Behörden hätten sogar die Veröffentlichung einiger Dokumente der Katholischen Kirche verboten, die sich in ihren Augen die Anprangerung von Unrecht und Missbräuchen „zuschulden kommen“ lassen. Darunter ist die Übersetzung der Soziallehre der Kirche in die Sprache Tigrinya, da dort nach Auffassung der Zensoren politische Themen behandelt werden.

Quelle: KIRCHE IN NOT-Österreich

Europa: Menschenhandel nimmt ungeahnte Ausmaße an

Etwa zwei Millionen Kinder werden als Sex-Sklaven missbraucht

Micha Initiative →

Madrid (idea) – Der Menschenhandel hat weltweit ungeahnte Ausmaße angenommen. Bis zu zwei Millionen Kinder werden durch den internationalen Sex-Handel zur Prostitution gezwungen. 20,9 Millionen Menschen sind Opfer von Zwangsarbeit – mehr als die Hälfte davon Frauen und Mädchen. Das berichtet der Migrantendienst des katholischen Jesuiten-Ordens in Spanien (Madrid). Insgesamt sind nach Angaben der Vereinten Nationen weltweit mindestens vier Millionen Personen vom Handel mit Menschen betroffen. Damit werden pro Jahr zwischen sechs und neun Milliarden Euro umgesetzt. Die sexuelle Ausbeutung stellt mit 79 Prozent den höchsten Anteil. Die internationale Organisation für Migration schätzt allein die Zahl der Frauen, die jedes Jahr nach Westeuropa kommen und hier sexuell ausgebeutet werden, auf eine halbe Million. Daneben spielen auch die Ausbeutung der Arbeitskraft und der Organhandel eine bedeutende Rolle.

21 Millionen Zwangsarbeiter

Die Zahl der Menschen, die zur Arbeit gezwungen werden beläuft sich nach Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO auf annähernd 21 Millionen. Sie werden vorwiegend in der Gastronomie, der Bauwirtschaft, der Landwirtschaft und der Hauswirtschaft eingesetzt. Die Opfer sind oft unmenschlichen Arbeitsbedingungen ausgesetzt und erhalten niedrige oder gar keine Löhne. Sie werden beispielsweise zur Arbeit gezwungen, um Schulden abzutragen. Weltweit engagieren sich auch Evangelikale gegen den Menschenhandel, beispielsweise die **Evangelische Allianz und die Micha-Initiative**. Ihr Name erinnert an die Mahnung des alttestamentlichen Propheten Micha: „Es ist dir gesagt, Mensch, was gut ist, und was der Herr von dir fordert, nämlich Recht tun und Liebe üben und demütig sein vor deinem Gott“ (Micha 6,8).

Gaza: Kinder bekommen Ausbildung an Schußwaffen

Hamas bildet neue Kämpfer in Sommerlagern aus

GAZA (inn) – Die Hamas hat am Samstag im Gazastreifen mit der Ausbildung von rund 25.000 Palästinensern für den Kampf gegen Israel begonnen. Das Training findet in zweiwöchigen Sommerlagern statt.

„Das Ziel dieser Militär-Trainingslager ist die Ausbildung der Vorhut für die Befreiung, spirituell, geistig und körperlich, um bereit zu sein, ihre Rolle bei der Befreiung zu spielen“, heißt es in einer Erklärung der Issadin al-Kassam-Brigaden, des militärischen Flügels der Hamas .

Die Teilnehmer seien zwischen 15 und 60 Jahren alt, berichtet die palästinensische Nachrichtenagentur „Ma'an“. Sie würden zwei Wochen lang ausgebildet, unter anderem in verschiedenen Kampftechniken, Rettungsmaßnahmen und im Umgang mit Schusswaffen.

Im Winter hatte der militärische Flügel der Hamas bereits ein [Jugendlager](#) veranstaltet. Dort waren mehr als 10.000 15- bis 21-jährige Palästinenser im Kampf gegen Israel ausgebildet worden. Verschiedene Menschenrechtsgruppen haben die Camps kritisiert. Diese führten zu einer erzwungenen Militarisierung der Gesellschaft im Gazastreifen und verletzten die Rechte von Kindern. (dn)

Quelle: israelnetz.com

Griechenland: Beten und Fasten für Griechenland

Evangelikaler Pastor: Auch die Christen sind gespalten



Volos (idea) – In Griechenland ist das Volk im Blick auf den EU-Rettungsplan gespalten. Das gilt auch für die Evangelikalen, beklagt Pastor Meletios Meletiadis von der Evangelischen Kirche in Volos in einem Offenen Brief an die Evangelische Allianz in Großbritannien. Er ruft Christen beider Lager zum Beten und Fasten auf und mahnt sie, nicht polemisch über Menschen mit anderen politischen Ansichten zu reden. Bei der Volksabstimmung am 14. Juli hatten rund 61 Prozent Wähler gegen den Reformentwurf der europäischen Gläubiger gestimmt. Inzwischen sei das Nein der Mehrheit faktisch in ein Ja der Regierung von Premierminister Alexis Tsipras verkehrt worden, weil der Sozialist neuen Sparmaßnahmen zugestimmt hat, so Meletiadis. Das Sorge für weiteres Konfliktpotential. Griechenland bedürfe dringend politischer Reformen. Nötig seien Einigkeit im Land und unter Christen, eine geistliche Reformation der orthodoxen Kirche und Kraft für die evangelikale Gemeinschaft, um das Evangelium zu verkündigen. Von den elf Millionen Griechen sind 91,5 Prozent Mitglied einer Kirche, 5,8 Prozent Muslime und der Rest meist Nicht-Religiöse. Unter den Kirchenmitgliedern sind die Griechisch-Orthodoxen mit fast 92 Prozent am stärksten vertreten.

Indien: Kein tolerantes Land

Christen sehen sich zunehmend Hass und Gewalt ausgesetzt

Boston (idea) – Indien gilt vielen Menschen im Westen als Inbegriff eines toleranten Staates. Doch die Christen in dem hinduistisch geprägten Land würden aus eigener bitterer Erfahrung dieser Vorstellung vehement widersprechen. Das schreibt der US-amerikanische Journalist und Vatikan-Experte John L. Allen Jr. in dem katholischen Internetportal „CruX“, das zur Zeitung Boston Globe (Boston/US-Bundesstaat Massachusetts) gehört. Die christliche Minderheit sei nicht erst seit der Regierungsübernahme der national-hinduistischen Bharatiya Janata Partei (BJP) vor einem Jahr zunehmendem Hass und religiös motivierter Gewalt ausgesetzt. In diesem Jahr habe es nach indischen Angaben durchschnittlich mindestens einmal pro Woche einen brutalen Übergriff gegeben. So stürmten am 7. Juli Hindu-Extremisten eine katholische Schule im zentralindischen Isagarh; sie schikanierten eine Nonne und verprügelten einen Priester. Die Polizei unternahm nichts. Am 28. Juni wurde eine evangelische Kirche in Adoni (Bundesstaat Andhra Pradesh) überfallen; der Pastor und seine Frau mussten sich vor den Angreifern verstecken. Eine Woche zuvor schändeten Hindu-Extremisten eine katholische Gottesdienststätte in Tangasseri (Bundesstaat Kerala).

Bis zu 350 Gewalttaten gegen Christen pro Jahr

Nach Angaben des Leiters der Initiative „Vereinigtes Christliches Forum für Menschenrechte“, John Dayal (Neu Delhi), sind seit 1997 jährlich zwischen 150 und 350 Gewalttaten gegen Christen registriert worden. Am schlimmsten waren die Massenausschreitungen im Bundesstaat Orissa im Jahr 2008. Damals wurden etwa 50.000 Christen vertrieben und mindestens 120 getötet. Etwa 300 Kirchen und 6.000 Häuser von Christen gingen in Flammen auf. Trotzdem sind nur zwei Verurteilungen ergangen, so Dayal – eine lebenslange Haftstrafe wegen Mordes und eine siebenjährige wegen Entführung. Laut Allen stellen die Christen zwar prozentual eine kleine Minderheit; die Schätzungen schwankten zwischen 2,5 und sechs Prozent. Aber in einem Land mit 1,25 Milliarden Einwohnern addiert sich dies auf mindestens 30 Millionen Bürger.

Indien soll bis 2020 ein rein hinduistisches Land werden

Seit der BJP-Politiker Narendra Modi am 26. Mai 2014 als indischer Premierminister vereidigt wurde, ist die Zahl der Gewalttaten gegen religiöse Minderheiten deutlich gestiegen. Modi ist geprägt von der Hindutva-Lehre, wonach Muslime und Christen nur toleriert werden können, wenn sie sich dem Hinduismus als Leitkultur unterwerfen. Der Anführer der radikalen hinduistisch-nationalistischen Organisation Vishva Hindu Parishad (VHP), Ashok Singhal, hat das Ziel verkündet, Indien bis 2020 zu einem rein hinduistischen Land zu machen. Heute sind 82 Prozent der Bevölkerung Hindus, zwölf Prozent Muslime und mindestens drei Prozent Christen. Die übrigen sind meist Anhänger von Natur- und Stammesreligionen.

Jemen: Kinder die Leidtragenden

Fast 2 Millionen Kinder gezwungen die Schule zu verlassen

Sana'a (Fides) – Der Krieg im Land wütet weiter, und zu den schweren Folgen gehört auch, dass fast 2 Millionen Kindern die Schulen verlassen müssen. Bislang sind 3.600 Schulen geschlossen worden, die Schüler und ihre Familien wurden in sicherere Gebiete umgesiedelt. Von den geschlossenen Schulen wurden 248 völlig zerstört, in 270 sind Obdachlose untergebracht, und weitere 68 sind von bewaffneten Gruppen besetzt. Für das Erziehungssystem des Jemen ist – laut UNICEF – ein derartiger Kontext verheerend. Die Organisation der Vereinten Nationen versucht derzeit über 200.000 Kindern schulischen Beistand zu geben, indem sie Hefte, Stifte und Schultaschen liefert. Das jemenitische Unterrichtsministerium versucht seinerseits die notwendigen Lehrkräfte zu mobilisieren und provisorische Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen, wie z.B. Zelte, damit Schulklassen gebildet werden können. Das neue Schuljahr soll am 5. September beginnen, doch alles hängt von der Sicherheitslage im Land ab. Vor dem Konflikt besuchten 79% der Kinder die Schule, auch wenn 2 Millionen Kinder die Schule nicht besuchen konnten, weil sie zu arm waren, diskriminiert wurden oder weil die Unterrichtsqualität nicht ausreichend war. (AP) (27/7/2015 Fidesdienst)

Ergänzung AKREF: Wie Medien berichten, droht dem Jemen eine große Hungersnot

Kamerun: Boko Haram bevorzugt Selbstmordattentäterinnen

Für Kamikazefrauen ist es einfacher die Sprengkörper zu verbergen

Maroua (Fides) – Die Selbstmordanschläge in der nördlichen Region Kameruns und im Staat Yobe in Nigeria dauern an. Es scheint, dass in beiden Ländern die Kamikaze vorwiegend Frauen sind. Den letzten Lokalnachrichten zufolge haben sich in der Stadt Maraoua ein 12jähriges Mädchen und eine Frau mittleren Alters in einem überfüllten Cafe' in die Luft gesprengt; es gab Tote und Verwundete. Bislang hat keine Gruppe die Verantwortung für den Anschlag bekannt gegeben; der Verdacht fällt allerdings auf Boko Haram (ISWA). In Maraoua hatte es nur wenige Tage zuvor andere, von jungen Mädchen ausgelöste Attentate gegeben. Und vor wenigen Tage haben sich weitere zwei Frauen in der Stadt Fotokol, im Norden des Landes, in die Luft gesprengt. Die Regionalregierung hat das Tragen von Burkas verboten, die Boko Haram oft zur Verkleidung der Kamikaze benutzte. In Nigeria hat sich eine anscheinend geistig instabile Frau auf einem Markt voller Menschen in der Stadt Damaturu in die Luft gesprengt, andere nur wenige Wochen zuvor auf einem Markt in der Gebetszone von Maiduguri, der Hauptstadt des Staates Borno. Seit Juni 2014 setzte Boko Haram mindestens 35 Frauen in Nigeria und Kamerun für Selbstmordanschläge ein. Der Einsatz von Frauen erleichtert es den jihadistischen Gruppen Selbstmordanschläge durchzuführen, da die Sprengkörper sich bei ihnen einfacher verbergen lassen. Trotz einer koordinierten Militäroffensive von Nigeria, Tschad und Kamerun, deren Ziel die Bollwerke der ISWA in der Region des Tschad-Sees waren, haben die Jihadisten den Rhythmus ihrer Selbstmord-und Militäranschläge beibehalten. (AP) (29/7/2015 Fidesdienst)

Katar: Keine freie Religionsausübung

(AVC) Nur etwa 90 000 Christen soll es in dem kleinen Staat Katar geben. Nur wenige der Christen sind Einheimische, meist handelt es sich um Gastarbeiter. Deren Recht auf freie Religionsausübung wird missachtet. Besonders auf ungebildete Arbeiter aus Asien oder Afrika wird massiver Druck ausgeübt, zum Islam zu konvertieren. Doch auch westlichen Facharbeitern wird die Ausübung ihrer Religion nur innerhalb ihrer Häuser gestattet. Ehemalige Muslime, die zum Christentum konvertieren, droht auf Grundlage der Scharia die Todesstrafe. Auf Mission steht eine Haftstrafe von einem bis zehn Jahren.

Bitte betet:

- **für einen Hunger nach Gott unter den Katarern,**
- **dass noch mehr Haushalte mit dem christlichen arabischen Sender Sat7 erreicht werden,**
- **Möglichkeiten, den Katarern das Wort Gottes zu bringen**

Myanmar: Blasphemiegesetze untergraben den Rechtsstaat

Yangon (Fides) – Die Gesetze und Strafmassnahmen gegen die Blasphemie untergraben den Rechtsstaat von Myanmar. Diese im Strafrecht des Landes enthaltenen Gesetze “stehen in Kontrast zu den Menschenrechten einschließlich der Meinungs- und Ausdrucksfreiheit, Gedankenfreiheit, Gewissens- und Religionsfreiheit, sowie des Rechts auf Gleichheit vor dem Gesetz” erklären die Aktivisten verschiedener ONGs. Die Gesetze würden außerdem willkürlich angewandt.

Das Blasphemiegesetz wurde in Burma von den Kolonialbehörden 1927 erlassen, um die Spannung innerhalb der Gesellschaft zu bremsen; es ist das gleiche Gesetz wie in Indien und Pakistan (wo es 1986 abgeändert wurde). Darin heißt es, dass die vorsätzliche Absicht gegen die religiösen Gefühle eines Menschen zu verstoßen, mit Gefängnis und Geldstrafe geahndet wird.”

In jüngsten Fällen haben die Gerichte allerdings die angeklagten Personen ohne Beweis einer vorsätzlichen Tat verurteilt: diese Personen werden schwer bestraft, da ihre Taten als “in Kontrast stehend zu den konservativen Interpretationen einer Religion “ angesehen werden.

Anfang 2015 wurden in Myanmar Philip Blackwood und seine Kollegen Tun Thurein und Htut Ko Ko Lwin zu zweieinhalb Jahren Gefängnis und Zwangsarbeit verurteilt, weil sie auf Facebook ein psychedelisches Abbild von Buddha veröffentlicht hatten, auf dem dieser mit Kopfhörern abgebildet war, um Werbung für ein Lokal zu machen. Htin Linn Oo, ein buddhistischer Schriftsteller und Mitglied der “Nationalen Liga für die Demokratie” wurde zu zwei Jahren Haft und Zwangsarbeit verurteilt, weil er einige buddhistische Gruppen belästigt haben soll: Er hatte es gewagt die Echtheit des Credo derer zu bezweifeln, die den Buddhismus benutzen um damit zur Gewalt aufzuhetzen.

Diese Bestimmungen – bemerken die Menschenrechtsorganisationen wie das “Asian Forum for Human Rights and Development” - verletzen das internationale Recht und eine Reihe von Menschenrechten, die in der Menschenrechts-Charta und auch in der Verfassung von Myanmar festgeschrieben sind; die Verfassung garantiert Ausdrucks- und Gewissensfreiheit, sowie die freie Ausübung einer Religion”. (PA) (Fidesdienst 23/7/2015)

Nigeria: Armee befreit Geiseln von Boko Haram

IGFM-Afrikareferent: In den Flüchtlingslagern herrscht Hoffnungslosigkeit

Abuja (idea) – Die nigerianische Armee hat nach eigenen Angaben 30 Menschen aus der Gewalt der radikal-islamischen Terrororganisation Boko Haram (Westliche Bildung ist Sünde) befreit. Die Geiseln seien bei der Rückeroberung der Stadt Dikwa am 24. Juli im nordöstlichen Bundesstaat Borno gerettet worden, so Armeesprecher Sani Usman. 22 von ihnen sind Kinder – darunter ein erst wenige Tage alter Säugling. Im April waren weite Teile des Bundesstaat Borno in die Hände von Boko Haram gefallen.

1,5 Millionen Binnenflüchtlinge

Nach Angaben des Afrika-Referenten der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (Frankfurt am Main), Emmanuel Ogbunwezeh, der erst vor kurzem die Konfliktregion besuchte, gibt es in Nigeria derzeit 1,5 Millionen Binnenflüchtlinge. Sie sind vor dem Terror Boko Harams geflohen. Entweder leben sie bei Verwandten im christlich geprägten Süden oder in Flüchtlingslagern im Norden. „Dort herrscht Hoffnungslosigkeit. Das Essen ist knapp; es fehlen Medikamente“, sagte Ogbunwezeh der Evangelischen Nachrichtenagentur idea.

Im Nordosten herrscht Angst

Vor allem im Nordosten herrsche Angst: „Viele Menschen reden in der Öffentlichkeit sehr zurückhaltend über Boko Haram. Der Nachbar könnte mit der Organisation sympathisieren.“ Niemand wisse, wer zu Boko Haram gehöre, die meisten Mitglieder der Terrorgruppe wirkten im Untergrund. Seit der neue Präsident Muhammadu Buhari am 29. Mai sein Amt angetreten hat, habe es fast 1.000 weitere Tote bei Anschlägen gegeben. Ogbunwezeh warnt: „Wenn man keine Lösung für das Problem findet, werden wir in Europa irgendwann damit konfrontiert werden. Die jungen Männer, die keine Perspektive haben, bleiben nicht in den Flüchtlingslagern; sie ziehen weiter nach Europa.“

Pakistan: Missanwendung des Blasphemie-Gesetzes

Der Dominikaner Domenico Channan erklärt: "Dialog mit dem Islam für die Änderung des Blasphemie-Gesetzes"

Lahore (Fides) – "Die Christen Pakistans leiden wegen der Missanwendung des Blasphemie-Gesetzes. Außerdem wird die gesamte Gemeinde angeklagt und ernststen Konsequenzen ausgesetzt, wenn auch nur ein einziger Christ beschuldigt wird": Das erklärte der Dominikaner-Pater, James Channan, Direktor des "Friedenszentrums" in Lahore gegenüber dem Fidesdienst. Dieses Zentrum arbeitet permanent für den interreligiösen Dialog und richtet seine Überlegungen darüber hinaus auf den Fall **Asia Bibi** und all derjenigen christlichen und muslimischen Pakistani, die unschuldige Opfer des Blasphemie-Gesetzes geworden sind. P. Channan erklärt: "Die christlichen Minderheiten, gerade so wie die Hinduisten und Mitglieder anderer Minderheitsreligionen, werden in Pakistan häufig Gegenstand von Diskrimination und Verfolgung. Nicht Muslim in Pakistan zu sein ist oft gefährlich, vor allem aufgrund der Blasphemiegesetze." Gegen diese Situation arbeitet P. Channan seit Jahren mit der Entwicklung guter Beziehungen zu den wichtigsten Imams in Lahore, wie z.B. zu Abdul Khabir Azad, dem Imam der Königsmoschee von Lahore, der größten in ganz Pakistan. Dank der geknüpften Freundschaft haben die beiden Männer gemeinsam an der Lösung der gespannten Lage gearbeitet, wie z.B. beim Angriff auf das christliche Viertel "Joseph Colony" im Herzen von Lahore, im März 2013 oder vor kurzem bei dem Angriff auf die christliche Gemeinde im Viertel Sanda von Lahore. Beiden Fällen liegen Anklagen auf Blasphemie zu Lasten eines Christen zugrunde. Mit anderen Persönlichkeiten "vereinbart der Imam Azad notwendige Änderungen an dem Blasphemie-Gesetz, um dessen Missbrauch als Mittel zur Lösung privater Kontroversen zu verhindern", bemerkt P. Channan weiter. "Deshalb ist der muslimisch-christliche Dialog wertvoll und notwendig, um Ideen und Aktionen voranzubringen, die die interreligiöse Harmonie weiterbringen und einen breiten Konsens für die Änderung des Blasphemie-Gesetzes schaffen sollen." (PA) (Fidesdienst 22/7/2015)

Pakistan: Offensichtliche Christenverfolgung

Jedes Jahr Zwangskonversion zum Islam und Gewalt an mehr als 1000 christlichen und christliche Frau entführt und zu ismalmischer Heirat gezwungen

Karachi (Fides) – Jedes Jahr werden in Pakistan mehr als 1000 christliche bzw. hinduistische Mädchen gezwungen zum Islam überzutreten und Muslim-Männer zu heiraten: so wird in einem kürzlich erschienenen Bericht der pakistanischen ONG "Aurat Foundation" erklärt. In einer dem Fidesdienst zugesandten Note illustriert die Leiterin der Stiftung, Mahnaz Rehman, die schwierige Situation der Frauen in Pakistan und behandelt insbesondere das Thema der religiösen Diskriminierung. Das Verbrechen der "Zwangskonversion" zum Islam ist weitverbreitet und üblich, wird aber nicht in adäquater Weise von der Polizei und den Behörden beachtet, heißt es in dem Text.

Nach den Zahlen, die in dem Bericht genannt werden, und den dort dokumentierten Fällen erleiden in Pakistan durchschnittlich 1000 Mädchen jedes Jahr dieses Schicksal. Die Mehrzahl der Opfer gehört zur christlichen und hinduistischen Gemeinschaft. In der Praxis werden die Opfer und ihre Familien bedroht und unter Druck gesetzt. In einem Schema, das sich ständig wiederholt – berichtet die Aurat-Stiftung – werden die häufig minderjährigen Mädchen entführt und dem Entführer oder Drittpersonen ohne ihre Zustimmung zur Frau gegeben. Wenn die Familie dagegen Anklage erhebt, kommt der Entführer seinerseits mit einer Gegenklage, beschuldigt die Familie und gibt vor, das Mädchen habe aus freiem Willen konvertiert. Wenn dann das Mädchen vor einem Richter aussagen muss, erklärt es unter unglaublichen Bedrohungen und unter Druck, sie sei freiwillig zum Islam übergetreten und stimme der Heirat zu. So wird der Fall dann abgeschlossen. "Diese Fälle werden nicht ernsthaft untersucht, ebens owenig wie der Mechanismus, mit dem dies geschieht", verurteilt der Bericht. Eine Tatsache erscheint entscheidend: "In dem Augenblick, in dem die Klage erhoben wird und ein Streitfall entsteht, bleiben die Mädchen bis zur Gerichtsverhandlung in der Gewalt der Entführter und erleiden Gewaltakte jeder Art". Zu den Druckmassnahmen, denen diese jungen, fragilen und verwundbaren Opfer ausgesetzt werden, gehört, dass man ihnen sagt, sie seien "jetzt Muslims, und wenn sie die Religion wechseln würden, sei der Tod die Strafe dafür". In dem Bericht werden Polizei und Behörden aufgefordert, diese Praxis bloßzustellen und die Mädchen der religiösen Minderheiten zu retten. Die Aurat-Stiftung hat auch einen Gesetzesvorschlag gegen diese Zwangskonversionen präsentiert. (PA) (Fidesdienst 25/7/2015)

Christliche Frau entführt und zu ismalmischer Heirat gezwungen

Lahore (Fides) – Die 25jährige Fouzia, eine Christin, verheiratet mit drei Kindern, wurde am 23. Juli von einem Muslim, Muhammad Nazir, 55, Vater von 8 Kindern, entführt. Der Mann zwang sie zur Konversion und machte sie zu seiner Frau. Wie der Fidesdienst erfahren hat, ist der Mann ein Landeigentümer; auf seinem Land arbeiten Fouzia und ihre ganze Familie, arme Tagelöhner, in der Gegend von Pattoki im Punjab.

Die verschreckte Familie hat nicht sofort Anzeige erstattet, sondern wartete auf die Rückkehr der Tochter.

Nachdem die Familie wiederholt die Rückkehr von Fuzia gefordert hatte, teilte Nazir mit, die Frau sei zum Islam übergetreten und jetzt seine Frau, und er drohte mit "ernsthaften Folgen", falls die Familie Schwierigkeiten machen würde.

Die Familie von Fouzia, die sehr arm ist, wandte sich um Hilfe an den christlichen Anwalt Sardar Mushtaq Gill. Mit seiner Unterstützung hat die Mutter des Opfers den Fall der Polizei gemeldet und Anklage erhoben. Gill erklärte Fides gegenüber: "Derartige Fälle kommen häufig vor, aber in diesem Fall ist der Mann, der die Christin entführt hat, verheiratet genau wie das Opfer, und dies ist ein Element, das sie retten könnte".

"Im allgemeinen – erklärt er weiter – wird bei derartigen Vorkommnissen so vorgegangen: Die Familie des Opfers erhebt Klage. Der Entführer erhebt eine Gegenklage und behauptet, die Frau habe aus freien Stücken gehandelt. In den meisten Fällen sind die Opfer minderjährige Mädchen. Das Opfer kann sexuellmissbraucht, zur Prostitution gezwungen, häuslicher Gewalt ausgesetzt oder im Rahmen des Menschenhandels verkauft werden". Nur selten, schließt Gill, der die Familie von Fuzia honorarlos betreut, enden diese Fälle mit der Rückkehr der Mädchen in ihre Ursprungsfamilien. (PA) (Fidesdienst 25/7/2015)

Syrien: Aleppobewohner in großer Gefahr

Aleppo: In Kürze ein zweites Mossul?

(HMK/CH) „Wir befürchten, dass die Islamisten nächste Woche massiv vorrücken, bitte betet!“. Diese Nachricht erhalten wir soeben von unseren syrischen Projektpartnern in Aleppo. Diese Woche wird das Ende des Ramadans noch ausgiebig gefeiert. Und nächste Woche?

Die syrische Millionenstadt Aleppo ist eingekesselt: Vom Westen her nähert sich die Al-Nusra-Front (syrischer Al-Kaida-Ableger) und die FSA (Freie syrische Armee), im Osten befindet sich der IS. Es scheint nur noch eine Frage der Zeit zu sein, bis Aleppo komplett in die Hände der Islamisten fällt. Das würde ein zweites Mossul bedeuten: Am 10. Juni 2014 eroberte der IS die irakische Millionenstadt Mossul und alle Nicht-Sunniten wurden vor die Wahl gestellt: Flucht, zwangsweiser Übertritt zum Islam, Bezahlung einer hohen Schutzsteuer oder der Tod.

Massenflucht dauert an

Die Massenflucht aus Aleppo in Richtung Küstengebiet Latakia dauert seit Wochen an. Noch ist der Fluchtkorridor offen – aber wie lange noch? Ende März 2015 waren noch ca. 85'000 Christen in Aleppo, heute sind es weniger als die Hälfte. Vor dem Krieg lebten mehrere Hunderttausend Christen in Aleppo. Eine zweite „christenfreie“ Millionenstadt in der „Wiege der Christenheit“ scheint vorprogrammiert.

Unsere syrischen Partner bitten um eure Gebete. Betet, dass die Islamisten nicht weiter vorrücken und dass die Menschen inmitten aller Not Hilfe erhalten.

Die HMK versorgt in Syrien und im Irak im Auftrag der gemeinnützigen Stiftung Hoffnungsnetz regelmässig rund 40'000 Inlandflüchtlinge mit Hilfsgütern - auch in Aleppo. Mehr Informationen: www.verfolgt.ch / www.hoffnungsnetz.ch

Die Naivität des Westens...

WARUM sieht der Westen den SNC (Syrian National Council) mit seinem bewaffneten Arm FSA (Freie Syrische Armee) als einzig legitimierte syrische und sogenannt „moderate“ Opposition an, kooperiert die FSA doch mit dem syrischen Al-Kaida-Ableger Al-Nusra-Front und lässt den Christen keine Lebensgrundlage in ihrer Heimat?

WARUM unterstützt der Westen die „moderaten“ Islamisten im grossen Stil mit Luftschlägen und rüstet sie militärisch massiv auf, sind sie doch gerade jetzt daran, ganze christliche Quartiere in Aleppo vorsätzlich und bewusst dem Erdboden gleichzumachen?

WARUM lehnt der Westen hingegen die Unterstützung von christlichen und kurdischen Milizen kategorisch ab?

WARUM scheint es dem Westen egal zu sein, dass Aleppo kurz vor der Eroberung durch Islamisten steht und damit ein zweites Mossul und damit eine zweite „christenfreie“ Millionenstadt die unmittelbare Konsequenz ist?

WARUM wird in den Medien kaum über die Situation Aleppos berichtet? Die Massenflucht aus Aleppo in Richtung Küstengebiet Latakia dauert seit Wochen an. Ende März 2015 waren noch ca. 85'000 Christen in Aleppo, heute sind es weniger als die Hälfte. Vor dem Krieg lebten mehrere Hunderttausend Christen in Aleppo.

WARUM erhöht die internationale Gemeinschaft nicht den Druck gegen die hinlänglich bekannten Terror-Unterstützer aus der Region und verhängt Sanktionen gegen sie?

WARUM toleriert der Westen, dass die Türkei ihre Grenze zum IS- und Al-Nusra-Gebiet bewusst offenhält, Dschihad-Touristen damit ungehindert nach Syrien einreisen können, Islamisten sich dadurch auf türkisches Staatsgebiet zurückziehen und organisieren können?

WARUM toleriert es der Westen, dass die Türkei an der Grenze zum kurdischen Gebiet einen drei Meter tiefen Graben ausgehoben hat und damit humanitäre Hilfslieferungen nach Syrien verunmöglicht und schutzlosen

Flüchtlingen den Weg abschneidet, obwohl gerade in kurdischem Gebiet sehr viele Inlandflüchtlinge Zuflucht gefunden haben?

Und zu guter Letzt: WARUM nimmt der Westen was die Flüchtlingsströme aus Syrien/Irak angeht die reichen arabischen Golfstaaten nicht in die Pflicht? Sollten sie nicht auch eine Mitverantwortung übernehmen für die Linderung der Flüchtlingsnot? 80% der syrischen und irakischen Flüchtlinge sind Muslime und die Golfstaaten stehen ihnen sowohl kulturell, religiös, sprachlich als auch geografisch bedeutend näher als das christlich geprägte Europa. Der gefährliche Weg übers Mittelmeer würde den Flüchtlingen erspart bleiben.

Liebe Verantwortungsträger/innen, liebe Politiker/innen und Meinungsmacher/innen, wenn wir unsere Stimme jetzt nicht gegen dieses zum Himmel schreiende Elend erheben und unseren Einfluss geltend machen, paktieren wir mit dem Bösen. Wir appellieren an euren Einfluss und euer Engagement!

Quelle: HMK Schweiz

Thailand: Menschenhandelsgeschäfte blühen

Die Jesuiten helfen Flüchtlingsfrauen, die Opfer von Gewalt und Menschenhandel geworden sind

Bangkok (Fides) – Es sind Frauen, die aus asiatischen und afrikanischen Ländern wie Somalia und Pakistan nach Bangkok, der Hauptstadt Thailands geflüchtet sind. Sie haben Krieg, Vergewaltigung und systematische Unterdrückung über sich ergehen lassen müssen. Sie flüchten aus der Not heraus, unter dem Zwang Schlepper zu bezahlen, und manchmal werden sie dabei verlassen und ausgeraubt. Es sind Frauen, denen der Jesuit Refugee Service (JRS) Bangkok hilft; dieser Dienst hat ein spezifisches Programm für psychologische und materielle Unterstützung dieser Frauen eingeleitet. Wie dem Fidesdienst berichtet wurde, bietet das Projekt Unterstützung und Beratung für Frauen aus Somalia und Pakistan und für nicht begleitete Mädchen. “Die Flüchtlingsfrauen sind fast alle Opfer von sexueller Gewalt, sind extrem verwundbar. Wir helfen ihnen sich weniger allein zu fühlen”, sagt Jennifer Martin, die sozialpsychologische Beraterin des JRS. “Nach den schrecklichen Erfahrungen können die Frauen ihre Gefühle und ihr Solidaritätsgefühl mit anderen teilen. Der Schock sich in einer anderen Kultur wieder zu finden, kann dramatisch sein und Spannungen schaffen, vor allem unter älteren Frauen. Die Frauen und Mädchen müssen große Herausforderungen meistern, wie z.B. sich ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Zudem befinden sie sich an einem Ort, wo sie als Geächtete gelten”, sagt Martin in ihrer dem Fidesdienst zugesandten Note.

Der JRS will einen Gruppenzusammenhalt schaffen, als langfristigen Schutzfaktor für die Frauen, die gleiche Erfahrungen als Opfer des Menschenhandels teilen. Angesichts der ungelösten juristischen Fragen dieser Flüchtlinge ist es – so der JRS – allerdings schwer diesen Mädchen bei der Anpassung an die neue Umgebung zu helfen. Aber Sozialisierung und zwischenmenschliche Beziehungen werden ihnen Würde und Vertrauen zurückgeben. (PA) (Fidesdienst 24/7/2015)

Ukraine: Zwei Ordensgeistliche ermordet

Kiev (Fides) – Schwester Alvetina aus dem Kloster Florovsky in Kiev wurde am 29. Juli tot in ihrer Wohnung aufgefunden. Die Nachricht übermittelte die Vereinigung der orthodoxen Bruderschaften der Christen in der Ukraine an Interfax-Religion.

“Wir wissen – so ein Sprecher – dass die Schwester - da es im Kloster kein warmes Wasser gibt - in ihre Stadtwohnung gegangen ist, um sich dort zu waschen und umzuziehen, bevor sie sich einem chirurgischen Eingriff unterzog. Später hat ihr Neffe ihre Leiche gefunden; die Hände waren gefesselt und der Körper trug die Zeichen von Folterung”. Die Schwester war 62 Jahre alt. Interfax ist es nicht gelungen weitere offizielle Informationen der Ordnungskräfte in Kiev zu dem Fall zu erhalten.

Dies ist der zweite Mord innerhalb weniger Tage, der die Ukrainische Orthodoxe Kirche des Patriarchats Moskau getroffen hat. Am selben Mittwoch, 29. Juli, wurde der 40jährige Priester der Kirche von Sankt Tatiana in Kiev, P. Roman Nikolayev tot aufgefunden, mit Schusswaffenverletzungen am Kopf, die ihm in der Woche zuvor beigebracht worden waren

(CE) (Fidesdienst, 30/07/2015)

USA: Satansstatue in Detroit aufgestellt

Christen protestieren: Wir brauchen das Böse nicht

Detroit (idea) – Eine satanische Bronzestatue ist in der US-amerikanischen Autostadt Detroit (Bundesstaat Michigan) enthüllt worden. In der Nacht zum 24. Juli präsentierte die Religionsgemeinschaft „Der Satanische Tempel“ das 2,74 Meter große und etwa eine Tonne schwere Monument „Baphomet“. Die Statue mit menschlichem Körper trägt Flügel und einen Ziegenkopf. Das sitzende Wesen reckt eine Hand zu einer satanischen Geste empor und wird von zwei Kinderfiguren verehrend angeschaut. Bei der mitternächtlichen Enthüllungszereemonie in einer alten Fabrikhalle waren über 700 Personen anwesend. Um öffentlichen Widerstand zu vermeiden, blieb der Veranstaltungsort bis 23.30 Uhr geheim. Dennoch kam es zu Protesten von Christen, die schon im Vorfeld gegen die Statue demonstriert hatten. Corletta Vaughn, Hauptpastorin der protestantischen Heilig-Geist-Kathedrale: „Wir werden unsere Stadt nicht den Satanisten übergeben. Es ist ein gewalttätiger Geist, der in die Stadt kommt und den Ort infiltriert.“ Der evangelische Pastor David Bullock: „Das Letzte, was wir in Detroit brauchen, ist eine Willkommensfeier für das Böse.“ Die Satanisten wollten die Statue ursprünglich neben ein Denkmal der Zehn Gebote im Bundesstaat Oklahoma aufstellen; dies wurde jedoch nicht genehmigt. Langfristig soll die Figur ihren Platz in Little Rock (Bundesstaat Arkansas) bekommen – ebenfalls neben einem Zehn-Gebote-Denkmal.

Weltweit: Der Islam strebt nach Weltherrschaft

Katholische Zeitschrift: Die westliche Spaß-Kultur wirkt hilflos

Freiburg (idea) – „Der Islam strebt nach Weltherrschaft, nachdem der weltrevolutionäre Sozialismus abgedankt hat.“ Dieses Fazit zieht die Wochenzeitschrift „Christ in der Gegenwart“ (Freiburg) in einem Leitartikel. Die westliche Kultur sei nicht in der Lage, dieser Herausforderung zu begegnen. Sie scheine nur noch einem „materialistisch-säkularistischen Spaß-Konsum-Kapitalismus“ zu huldigen. „Das ist der Geist geistloser Zustände“, heißt es in der katholisch orientierten Zeitschrift für religiöses Leben, moderne Spiritualität und Kultur. Eine solche „offene“ Gesellschaft wollten „die spirituell wie militärisch momentan mächtigsten Strömungen innerhalb der islamischen Weltbewegung“ jedenfalls nicht.

Der Westen ist mit Interventionen gescheitert

Demgegenüber wirkten die Großmächte ratlos; sie hemmten sich gegenseitig. Schon in der Vergangenheit hätten sie sich der Illusion hingeeben, dass sie ihre Gesellschaften schützen könnten, indem sie „die Feinde ihrer Feinde“ fördern. Doch das sei jedes Mal gescheitert. So hätten die Vereinigten Staaten von 1979 bis 1989 in Afghanistan Osama bin Laden (1957-2011) gegen die sowjetische Besatzung gestärkt, bis sich der Anführer des Terrornetzwerkes El Kaida gegen die USA richtete und die Anschläge vom 11. September 2001 verüben ließ. „Ein Anflug weltpolizeilichen Wahns“ habe 2003 mit der US-geführten Invasion im Irak den damaligen Staatschef Saddam Hussein (1937-2006) gestürzt; daraufhin seien Dschihadisten in das Machtvakuum eingedrungen. Der Ende 2010 begonnene „Arabische Frühling“ in Nordafrika habe ebenfalls „naive westliche Unterstützer“ gefunden. Doch nach dem erzwungenen Rücktritt des ägyptischen Machthabers Hosni Mubarak im Jahr 2011 und der Machtübernahme durch die Muslimbrüder habe nur ein Militärputsch die radikalen Muslime stoppen können. Ähnliche Ergebnisse hätten die Militärinterventionen des Westens in Libyen und Syrien erbracht.

Wann kommt der „Radikal-Islam“ nach Europa?

Von Westafrika bis Ostasien habe der „Radikal-Islam“ seine Eroberung mit Erfolg begonnen. Auch in Europa hätten sich Tausende „Gotteskrieger“ eingenistet. Sie seien kriegserfahren und guerillaerprobt aus dem Nahen und Mittleren Osten zurückgekehrt. Die Zeitschrift: „Es ist nur eine Frage der Zeit, bis auch deren Terror ‚heim‘kehrt.“

Westafrika: Neue Anschläge in Nigeria und Kamerun

Boko Haram setzt Mädchen als Selbstmordattentäterinnen ein

Damaturu/Marua (idea) – Die in Westafrika tätige radikal-islamische Terrororganisation „Boko Haram“ (Westliche Bildung ist Sünde) setzt bei Selbstmordanschlägen in Nigeria und Kamerun zunehmend Mädchen ein. Eine Zehnjährige sprengte sich am 26. Juli auf einem Markt in Damaturu (Bundesstaat Yobe) im Norden Nigerias in die Luft. Dabei kamen mindestens 16 Personen ums Leben, berichtet die britische Rundfunkanstalt BBC. Einen Tag zuvor verübte ein zwölfjähriges Mädchen ein Selbstmordattentat vor einer Bar in der Stadt Marua im Norden Kameruns. Dabei fanden mindestens 21 Menschen den Tod. Marua war bereits am 22. Juli das Ziel von zwei Selbstmordanschlägen, die von zwei Mädchen verübt wurden. Dabei starben 13 Personen. In der nigerianischen Krisenregion lassen jetzt die Behörden Moscheen und islamische Schulen schließen, um weitere Anschläge mit Minderjährigen zu verhindern. Auch sollen jugendliche Bettler aus den Straßen verbannt werden.

Schülerinnen werden immer noch vermisst

Boko Haram – ein Verbündeter des „Islamischen Staates“ (IS) – verbreitet seit 2009 Angst und Schrecken im Norden Nigerias und Nachbarländern. Die Terroristen wollen dort ein „Kalifat“ errichten, in dem das islamische Religionsgesetz Scharia gilt. Nach Angaben der Vereinten Nationen gehen insgesamt mindestens 15.000 Tote auf das Konto von Boko Haram. Seit langem wird vermutet, dass die Terroristen auch Kinder als Selbstmordattentäter einsetzen. Unter anderem hatte Boko Haram am 14. April vorigen Jahres 276 Mädchen aus einer Schule in Chibok (Bundesstaat Borno) verschleppt; die meisten kommen aus christlichen Familien. 57 konnten entkommen; von den übrigen fehlt jede Spur. Sie wurden nach Berichten von Entflohenen fast täglich vergewaltigt oder als Sex-Sklavinnen an Muslime verkauft. Kürzlich hat Boko Haram der nigerianischen Regierung vorgeschlagen, die christlichen Schülerinnen gegen ihre inhaftierten Kämpfer auszutauschen. Von den 173 Millionen Einwohnern Nigerias sind etwa 50 Prozent Muslime und 48 Prozent Kirchenmitglieder. Die übrigen sind Anhänger von Naturreligionen. Die Christen leben meist im Süden und die Muslime im Norden.

ZAR: "Bitte hört die Rufe der verfolgten Kirche!"

Druck auf Christen trotz UN-Präsenz unverändert hoch

(Open Doors) - Die Lage der bedrängten Christen in der Zentralafrikanischen Republik (ZAR) hat sich nicht verbessert. In den nordöstlichen Landesteilen regiert die islamistische Seleka, unterstützt von Teilen der muslimischen Bevölkerung. Der Südwesten wird von den Anti-Balaka kontrolliert. Diese aus Nicht-Muslimen bestehenden Bürgerwehren hatten sich ursprünglich formiert, um den blutigen Vormarsch der Islamisten aufzuhalten. Dabei gingen sie jedoch selbst brutal gegen Muslime vor. Die wiederum bezeichneten die Anti-Balaka fälschlicherweise als Christen, obwohl alle Kirchen Anti-Balaka und deren Gewalt verurteilt hatten. Die Verfolgung der Christen nahm zu.

Die meisten Dschihadisten der Seleka stammen aus dem Tschad und dem Sudan. Sie planen, gemeinsam mit einheimischen Muslimen einen Gottesstaat zu errichten. Deshalb wollen die Anti-Balaka-Milizen alle Muslime vertreiben. Oft gewähren Christen fliehenden Muslimen Schutz in ihren Kirchen und Häusern. Dadurch stehen sie zwischen allen Fronten. Kürzlich konnte Open Doors Christen im Nordosten besuchen, was zuvor wegen der Kämpfe nicht möglich war.

Mutig für den Frieden - ein Präfekt und die Pastoren von Bangassou

Bangassou liegt an der Grenze zur Demokratischen Republik Kongo. Hier hatten Seleka-Kämpfer im März 2013 die Armee der ZAR besiegt und die Stadt erobert. Sofort wurden die Christen von der Seleka sowie einheimischen Muslimen drangsaliert. Die lokalen Pastoren suchten daraufhin den General der Seleka auf und fragten, warum die Christen gezielt angegriffen werden. Der versprach Frieden. Doch noch in derselben Nacht überfielen Seleka-Rebellen das Haus eines Pastors und vergingen sich an den Frauen, die dort Schutz gesucht hatten. Viele Häuser und Kirchen wurden in der Folgezeit zerstört, zahlreiche Frauen vergewaltigt und Christen ermordet.

Fast alle Regierungsbeamten flohen aus Bangassou. Nachdem lokale Jugendliche die Seleka aus der Stadt vertreiben konnten, kehrte der ehemalige Präfekt Omer Youmoina nach acht Wochen zurück. Heute ist er der einzige Regierungsvertreter in der Stadt. Dieses Machtvakuum erhöht die Unsicherheit der Region gefährlich. Die Kirchengemeinden sind zerstreut, die Pastoren beten. Omer lobt ihren Mut, auch wenn sie die Gewalt nicht aufhalten konnten. Gegenüber Open Doors betonte er den Beitrag der Kirche für Versöhnung und Wiederaufbau und appelliert: "Bitte hört die Rufe der leidenden Kirche und helft ihnen!"

Bitte vergessen Sie die Christen der Zentralafrikanischen Republik nicht!

- **Beten Sie für die Pastoren und Leiter um Durchhaltevermögen und Mut.**
- **Beten Sie für alle Familien, die auf der Flucht oder in Flüchtlingslagern untergebracht sind. Die Versorgungslage in den Flüchtlingslagern ist teils katastrophal.**
- **Beten Sie für den Schutz der Christen. Sie beklagen, dass sie seitens der teils aus Muslimen bestehenden UN-Truppen keinerlei Schutz erhalten.**

Disclaimer: Die Deutsche Evangelische Allianz und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von DEA oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF-Nachrichten unterstützen möchten, können Sie gerne eine Spende richten an:

Deutsche Evangelische Allianz
Konto Nr. 416800 EKK, BLZ 520 604 10
Verwendungszweck "AKREF"

Links

www.csi-de.de
www.ead.de/arbeitskreise/islam/arbeitskreis-islam.html
www.ead.de/arbeitskreise/religionsfreiheit/arbeitskreis-religionsfreiheit.html
www.ead.de/arbeitskreise/religionsfreiheit/gebetsanliegen/aktuelle-woche.html
www.h-m-k.org
www.hilfsbund.de
www.hoffnungszeichen.de
www.idea.de/nachrichten.html
www.islaminstitut.de
www.kirche-in-not.de
www.opendoors.de
www.pro-medienmagazin.de
www.stanet.ch/APD
www.zenit.org

Menschenrechtsorganisationen:

www.amnesty.de
www.igfm.de
www.gfbv.de

Wichtige englischsprachige Internetseiten

www.advocatesinternational.org [Anwälte im Auftrag der Allianz]
www.barnabasfund.org
www.csi-int.ch
www.forum18.org (Forum 18 News Service)
www.idop.org [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]
www.iirf.eu [Internationales Institut für Religionsfreiheit]
www.persecutedchurch.org
www.persecution.net [Voice of the Martyrs/HMK]